

Künstliche Intelligenz im öffentlichen Dienst: Ein revolutionärer Wandel!

Am 4. Juni 2025 diskutierten Bundeskanzler Stocker und Minister Pröll das Budget für KI im öffentlichen Dienst und Digitalisierung.



Wien, Österreich - Bei den aktuellen Budgetberatungen für 2025 und 2026 im Bundeskanzleramt stehen künstliche Intelligenz (KI) und Digitalisierung im Mittelpunkt. Der Haushaltsentwurf sieht für das Bundeskanzleramt 626 Millionen Euro im Jahr 2025 und 549 Millionen Euro im Jahr 2026 vor, mit einer Budgetreduktion von 334,6 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Diese Einsparungen sollen durch Aufgabenverschiebungen zwischen den Ressorts und durch einen Rückgang der Planstellen erreicht werden, wie ots.at berichtet.

Ein zentrales Thema der Beratungen war der hohe Pensionierungsanteil im öffentlichen Dienst, wo 41 % der

Beschäftigten in den nächsten 13 Jahren in den Ruhestand gehen werden. Bundeskanzler Christian Stocker und Staatssekretär Alexander Pröll betonten, dass KI zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung in der Verwaltung eingesetzt werden soll. Dabei ist vorgesehen, dass KI die Verwaltung unterstützt, ohne die menschliche Arbeit zu ersetzen.

Fokus auf Digitalisierung und neue Technologien

Das neu gegründete Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) hat sich das Ziel gesetzt, eine moderne und digitale Verwaltung zu schaffen. Die Behörde versteht sich als Treiber einer neuen Verwaltungskultur und fördert den Einsatz von KI, um neue Betriebs- und Geschäftsmodelle zu entwickeln. Laut bmds.bund.de wird auf die zentrale Steuerung der IT des Bundes gesetzt, um Blockaden aufzulösen und schnelle Erfolge zu erzielen.

Im Rahmen einer Studie des Fraunhofer IAO wurde die Relevanz von KI in der öffentlichen Verwaltung untersucht. An zehn Kommunen und Regionalverbänden wurden Workshops durchgeführt, wobei konkrete Anwendungen wie Chatbots, Service-Roboter und sichere Methoden zum Identitätsmanagement im Fokus standen. Diese Technologien sollen die Verwaltungsprozesse revolutionieren und sowohl den Mitarbeitern als auch den Bürgern zugutekommen. Ein zentrales Ergebnis der Studie sind Handlungsempfehlungen zur Kombination von menschlicher und künstlicher Intelligenz. iao.fraunhofer.de stellt fest, dass es verschiedene Zukunftsszenarien gibt, darunter die Möglichkeit eines von KI dominierten öffentlichen Sektors.

Budgetverteilung und Maßnahmen zur Konsolidierung

Die Budgetberatungen sehen auch eine Verteilung von Aufgaben vor: Medien- und Frauenagenden werden anderen Ministerien zugeordnet, während Digitalisierung und öffentliche Dienste betont werden. Zudem wird mit weniger Mitteln für Integration und Parteienförderung kalkuliert, da die Förderung zur EU-Wahl entfällt. Die Kultus- und Volksgruppenmittel sinken, mit einem Ziel von 79,8 Millionen Euro im Jahr 2025.

Eine der Hauptprioritäten für das Bundeskanzleramt besteht darin, die Kommunikationsagenden intern zu übernehmen und eine Öffentlichkeitsarbeit von 1,56 Millionen Euro in den Jahren 2025 und 2026 zu realisieren. Um diese Herausforderungen zu meistern, sind Gehaltsverhandlungen für den Herbst in Aussicht, um ein finanzielles Polster für die kommenden Jahre zu schaffen. Insgesamt zeigt das Budget 983 Planstellen für die Jahre 2025 und 2026, wobei die digitale Transformation klare Priorität hat.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• bmds.bund.de• www.iao.fraunhofer.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at